Spielraum, der sich für Ungarn mit der Gründung der Österreichisch-ungarischen Bank eröffnete

JUHANI LAURINKARI

Österreich–Ungarn, in offizieller Benennung Österreichisch–Ungarische Monarchie oder in ihrer gewöhnlichen Bestimmung, die Donaumonarchie existierte seit 1867. Die zwei schweren Niederlagen gegen die sardinisch–französische Koalition im Jahre 1859 und in dem preußisch-österreichischen Krieg im Sommer von 1866 zwangen die Habsburger in eine seit langer Zeit nicht erwünschte Situation. Die deutsche Machtsucht hat sich in kriegerischen Unternehmungen geäußert.[1] Die nackten Herrschaftsbestrebungen sind nicht immer im Gewand der Rechtsstaatlichkeit wie heute erschienen.[2] Sie mussten mit Ungarn zu einem Ausgleich kommen, weil es sich klar herausstellte, dass Österreich seine europäische Großmachtstellung im Rahmen einer zentralistischen Politik nicht mehr bewahren kann. Man musste den Ausweg aus der Krise so finden, dass das zu erbauende System des Staatswesens einen längerfristigen Auslauf habe. Da das Ungarische Königreich und seine staatsbildende Nation, das Magyarentum vor den Leitern des Habsburgerreiches als am stärksten lebenskräftigsten erschien, fingen an sich an ihre ungarische Kollegen näher zu kommen.

Nach 1867 musste die Bevölkerung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates eine unendliche Serie der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen erleben. Nach diesem Jahr begannen die sogenannten „Gründerjahre", infolge deren Österreich-Ungarn zu einem beschränkt entwickelten, modernen Industriestaat wurde. Das Tempo des Wirtschaftswachstums war groß, wenn auch nicht das schnellste, wenn man diese Geschwindigkeit mit den Daten der west-europäischen Länder vergleicht. – lesen wir in der Fallstudie von Zoltán Tefner.[3] „Demgegenüber wäre […] die Bedeutung und die relativ häufige Erscheinung dieses Prozesses einer langsamen und lang andauernden Industrialisierung zu betonen, die weder Stagnation noch plötzliches Wachstum war." – lesen wir bei Professor Nachum Th. Gross, der es für außerordentlich wichtig hielt die Stellung der

[1] Tefner Zoltán: Német hegemónia egykor és most. A közép-európai uralom változó formái és módszerei. [Deutsche Hegemonie ehemals und jetzt. Die abänderlichen Formen und Methoden der europäischen Herrschaft]. In: Valóság, 2013. LVI. Évfolyam. 9. 55-78. old.

[2] Tefner Zoltán: Realisation of justice in the European Union: Does EU promote justice? [An analysis on the basis of the Austro-Hungarian diplomatic history from 1867]. In: Justice and Solidarity: The European Utopia in a Globalising Era. European Academy of Sciences & Arts. Juhani Laurinkari & Felix Unger (eds.). Grano Oy, Kuopio, 2015. 251-275. old.

[3] Tefner, Zoltán: Reformsensibilität der Ungarischen Gesellschaft. Forschungsprojekt 1867–2010. In: Kleine Völker im großen Nest. Fallstudien für Finnland, Ungarn und die Europäische Union. Hrsg.: O. Prof. Dr. habil. Dr. Dr. (h. c.) Juhani Laurinkari, O. Prof. Dr. Dr. habil. Nelu Bradean-Ebinger Csc. Hamburg, disserta, 2017.

Wirtschaftsentwicklung in der Donaumonarchie nur im System der Weltwirtschaft zu beurteilen.[4]

Durch lange dauernden Verhandlungen hat sich das Konzept des Ausgleiches in Form gegossen und mit dem Grundgesetz, durch den Gesetzesartikel XII des Jahres 1867 kam die dualistische Struktur zu Stande. Zwei Parlamente, drei gemeinsame Angelegenheiten, das Heerwesen, die Finanzen und die Außenpolitik, daneben mehrere gemeinsame Quasi-Angelegenheiten wie Eisenbahn, einheitliche Maßeinheiten usw. So eine Angelegenheit bedeutete das Bankwesen, das in der ersten Zeit nicht geteilt war, sondern es gehörte dem Zuständigkeitskreis der ÖNB, d. h. Österreichischen Nationalbank. Später verstärkten sich ungarischer Seite die Forderungen, auch das Bankwesen zu teilen, ähnlich, wie die nicht gemeinsamen Angelegenheiten geteilt waren.

Die Österreichisch-ungarische Bank – ein Übergang zwischen der ÖNB und einer unabhängigen ungarischen Nationalbank – wurde aus der ÖNB hervorgegangen, gegründet 1878 und bestand bis 1922, nachdem das gemeinsame Gut der Österreichisch-Ungarischen Monarchie nach ihrem Zusammenbruch im Ersten Weltkriege liquidiert worden war. Sie funktionierte als Notenbank, war zuständig für die einheitliche Verwaltung der Staatswährung, inklusive Emission (bis 1892 Gulden, ab 1892 Krone). Vorher sind Verhandlungen zwischen den Regierungen im Gange und die ungarische Regierung hatte sich verpflichtet, dass Ungarn in den nächsten zehn Jahren „[…] mit seinem Recht nicht leben will“, dass es eine selbstständige Nationalbank gründet.[5] Die Bank hatte ihre Direktion in Wien, im Palais Ferstel und in Budapest am Szabadság tér. Der offizielle Hauptsitz war in Wien. Später hat die ungarische Wirtschaftspolitik diese Lage ständig aufheben wollen und - berufen auf die Parität - den Hauptsitz wechselnd Jahr zu Jahr in Wien und in Budapest sehen wollen. Die Lösung war selbstverständlich aus praktischen Gründen nicht durchzuführen, trotzdem bildete der Ort des Hauptsitzes den Gegenstand von Auseinandersetzungen.

Laut des Gesetzesartikels XXV vom 27. Juni 1878[6] war das oberste Verwaltungsorgan der Generalrat, der aus dem Generalgouverneur, aus den zwei Vizegouverneuren und aus den 12 Generalräten bestand. Der Generalgouverneur und die Vizegouverneure haben auf Vorschlag der zwei Finanzminister der Kaiser ernannt. Alle Generalräte sind durch die aus den Aktionären einberufene Generalversammlung gewählt worden. 8 von ihnen unmittelbar aus den Reihen der Generalversammlung, 2-2 schlugen die Direktionen in Wien und Budapest vor. Der Sitz der Bank befindet sich in Wien, die Direktionen verteilen die einzelnen Hauptbeträge je nach Finanzmärkten. Die Direktionen leiten die Vizegouverneure, Staatsbürgerschaft nach ein

[4] Gross, Th. Nachum: Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft. In: Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Hrsg.: Wandruszka, Adam und Urbanitsch, Peter. Band I. Die wirtschaftliche Entwicklung. Hrsg.: Brusatti, Alois. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1973. S. 28.

[5] Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltár [Ungarisches Nationalarchiv Landesarchiv], im Weiteren: MNL OL. Pénzügyminisztériumi Levéltár. Pénzügyminisztérium. Elnöki iratok [Archiv des Finanministeriums. Finanzministerium]. K 255. 1877. 10. tétel. Auszug aus dem Protokolle der Beratungen vom 15. April 1877. *Die archivalischen Belege in deutscher Übersetzung hat mir Zoltán Tefner zur Verfügung gestellt.*

[6] http://www.kislexikon.hu/osztrak-magyar_bank.html#ixzz7OKvi1EZ2. Heruntegeladen: 02. März 2022.

Österreicher und ein Ungar. Die Räte und die Direktoren arbeiten ohne Bezahlung, ihr Auftrag ist 4 Jahre gültig. Die ungarische und die österreichische Regierung ernannt weiterhin zwei Regierungskommissare, sie kontrollieren, ob die Bank entsprechend dem Grundstatut vorgeht. Die Zusammenarbeit blieb doch in dieser Krisenperiode beispielhaft.[7] Mit den administrativen Aufgaben waren der Generalsekretär und die mit ihm zusammenarbeitenden Chefs der Abteilungen des zentralen Dienstes.

Der österreichische Gulden war die Währung des Kaisertums Österreich. Mit dem Ausgleich von 1867 wurde der Umlauf in Gulden auf ganz Österreich-Ungarn erweitert. Der Gulden wurde 1858 aufgrund des Wiener Münzvertrages statt des Talers eingeführt, der im Gegensatz zum Gulden nicht im Dezimalsystem gerechnet wurde. Der Gulden war in Österreich noch bis 1900 im Umlauf, obwohl die finanzielle Verwaltung ihn schon 1892 durch die Krone ersetzt hatte. Nach dem Wiener Münzvertrag von 1858 ist das deutsche Geld, die Vereinswährung[8], namens der „Vereinstaler" mit der österreichischen Währung in Gleichgewicht gebracht. Trotzdem war das Währungssystem manchmal unübersichtlich kompliziert geblieben, der Taler war nämlich nicht dem Dezimalsystem umzurechnen. Die Notenbank hat auf Grund ihrer Bestimmung ein Dutzend der Notenbankfunktionen, mit denen die Finanzverwaltung den reibungslosen Geldumlauf regeln kann. Notenbank gab es – laut der oben Gesagten -- in der Monarchie auch nach dem Ausgleich nur eine, die im Jahre 1816 gegründete Österreichische Nationalbank, die ÖNB.

Die Notwendigkeit, dass die zwei Reichsteile zwei getrennt funktionierende Notenbanken haben, greift auf die früheren Jahre zurück. „Neben der ungelösten Frage der staatsrechtlichen Struktur der Monarchie war der Umlauf einer bedeutenden Menge von inkonvertiblen Staatsnoten das zweite schwere Erbe des neoabsolutistischen Regimes. Wie bei früheren außenpolitischen Krisen und militärischen Auseinandersetzungen ließ der Ausbruch des Krieges gegen Preußen im Mai 1866 das Agio stark ansteigen. Innerhalb weniger Wochen verlor der Gulden am Devisenmarkt ein Drittel seines Werts. Anders als nach 1853 und 1859 unternahmen die österreichische und ungarische Regierung in den folgenden Jahren aber keine neuen Versuche, die Währung zu stabilisieren und die Einlösbarkeit der Banknoten wiederherzustellen, zu groß war der Staatsnotenumlauf, zu schwierig eine Einigung zwischen Österreich und Ungarn über die Aufteilung der Lasten zu finden. In den 1870er- und 1880er Jahren schwankte der Kurs des Guldens gegenüber den an Gold und Silber gebundenen Währungen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zwischen 10 und 30 Prozent unter der Parität." [9]

Nach 1859 (österreichisch-italienischer Krieg) waren die Finanzverhältnisse wirklich sehr zerzaust und instabil. Nach 15 Jahren sah die Lage besser aus, aber bei Weiten nicht zufriedenstellend aus. Nicht nur in der Wirtschaftspolitik. Die erste Regierung nach dem

[7] Österreichisches Staatsarchiv Allgemeine Verwaltungsarchiv. [im Weiteren: ÖStA. AVA]. Präsidium des kaiserl. königl. Finanz-Ministeriums. Karton 3541. Jahr 1897. Faszikel 10. 5 b.–105/21. Lukács an Biliński, 26. Februar 1897.

[8] Gemeinsame Silbermünzen der Mitgliedstaaten des Deutschen Zollvereins und zugleich die letzten deutschen Talermünzen. Geschaffen durch den Wiener Münzvertrag von 1857, waren sie die Hauptkurantmünzen zur Zeit des Silberstandards bis 1871.

[9] Jobst, Clemens–Kernbauer, Hans: Die Bank. Das Geld. Der Staat. Nationalbank und Währungspolitik in Österreich 1816–2016. Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2016. S. 123-124.

Ausgleich, die Regierung von Gyula Andrássy konnte die Lage sehr schwer stabilisieren. In der Österreichisch-Ungarischen Monarchie lebten 13 eigenständische ethnische Gruppen, aus diesen Gruppen genoss die nationale Reform mindestens im Falle von Ethnizitäten 8 Priorität.[10]

Eine Beratung zwischen der ÖNB und den zwei Finanzministerien am 8. März 1873 hat einen niederschmetternden Überblick über die Situation im Verhältnis zwischen dem Staat und seiner Notenbank. Die Staatsschulden bei der ÖNB betrugen 36 914 954 Gulden im Wiener Wert, nach den Staatsgütern aufgenommener Schuld 67 053 779 Gulden, am 29. April 1859 gewährter neuer Kredit von 77 800 000 und schließlich in diesem Jahr in London aufgenommener Kredit von 9 Millionen Pfundsterling Vorschuss. Insgesamt 221 768 734 Gulden.[11] Die beiden Regierungen haben die Schulden noch lange Jahre kumuliert und weitergerollt. Anfang März 1867 musste man mal etwas machen, der Ausgleich erwünschte, seitens der zwei Regierungen sauberes Wasser ins Glas zu gießen. 8. März 1867 des Wiener Abkommen und 11. September dieses Jahren das Vöslauer Abkommen sprachen aus, dass das ungarische Finanzministerium das gute Verhältnis mit der ÖNB nicht umkippen will, der ÖNB wurde versprochen, dass Ungarn keine Nationalbank eröffnen wird, während die ÖNB Filialbanken in Ungarn in ausreichender Zahl eröffnet. Die Waffen sind hiermit – nachdem Ungarn die Gemeinsamkeit der Staatsschulden anerkannte – gestreckt worden. Das Abkommen war notwendig. Wenn diese Reformen nicht gekommen wären, und je länger die Zeit des österreichisch-ungarischen Dualismus gedauert hätte, „[...] desto mehr verstärkten sich die Spannungen in den regionalen Gesellschaften der Nationalitäten, je mehr haben sie für ihren nationalen Exodus politisch getan. Der Verbleib der Reformen ließ so eine Art der massenpsychologischen Widerstandes, die Aggression um sich greifen."[12] Ein gut funktionierendes Bankwesen diente als eine stabile Basis für den Wohlstand, und der Wohlstand mildert die Konflikte unter den einzelnen Völkerschaften.[13]

Am Anfang stabilisierten sich die Werteverhältnisse zwischen den Staaten, in denen die Währung auf Silber basierte, und zwischen denen, wo die Basis das Gold war. Österreich, Deutschland, die Niederlanden, Russland gehörten der Silberzone, das englische Pfund der goldenen. Es gab auch mittels Frankreichs eine bimetallische Zone, wo Gold- und Silberbasis gleichzeitig anwesend war. Bis zum Ende von 1873 bedeutete diese Vielfarbigkeit keine Schwierigkeiten, dann hat aber die preußische Finanzpolitik die gewohnte Art und Weise das Politisieren im Münzenwesen auf längere Zeit veränderte. Die Nachfrage nach Gold stieg so stark an, dass das Silber an Wert dramatisch gesunken ist. Die meisten Länder, so Österreich, waren gezwungen, sich auf den Goldstandard umzustellen.

Nach dem Wiener Münzvertrag von 1858 wurde der „Vereinstaler", Zahlungsmittel in dem Deutschen Zollverein umgestellt, die Umtauschmöglichkeiten auf österreichische Währung wurden erleichtert. Das Währungssystem bekam dadurch einen berechenbaren Charakter, jedoch fehlte nach 1867 ein einheitliches Bankensystem, das das Bargeldsystem hätte

[10] Tefner, Zoltán: Reformsensibilität der Ungarischen Gesellschaft i. m. S. 52.
[11] MNL OL. Pénzügyminisztériumi Levéltár. Pénzügyminisztérium. Elnöki iratok. K 255. 1873. 8. tétel. I. rész. Auszug aus dem Protokolle der Beratungen vom 8. März 1873.
[12] Tefner, Zoltán: Reformsensibilität der Ungarischen Gesellschaft i. m. S. 52.
[13] Ebenda.

regulieren können. Die ÖNB vermag diese Menge der Aufgaben unter den gewachsenen Anforderungen der kapitalistischen Produktion und des Außenhandels nicht untadelhaft zu erfüllen. Der Außenhandel mit den deutschen Staaten ging reibungsloser als früher[14], aber beinahe nicht zufriedenstellend. Die zwei monetären Systeme haben sich an einigen Punkten einander geschlagen.

In Österreich gab es aber mit der Umstellung kardinale Probleme, die im Großteil aus der Doppelstaatlichkeit hervorgingen. Dies waren dreierlei: Die ungedeckt stehenden Staatsnoten, die wahrhaftig weder Wertpapiere noch Banknoten waren, mussten die zwei Regierungen dem Umlauf entziehen, zweitens brauchte man sehr viel Gold um die Goldreserven in der ÖNB aufzufüllen[15], und es fehlte ein Abkommen über die gerechte Verteilung der Kosten zwischen Österreich und Ungarn durchzuführen.[16] Informationen standen beiderseits in genügender Zahl zur Verfügung. Es fing ein verbitterter Kampf, der sich in mehreren, länger als ein Jahr hinausziehenden perfekten, also vollständigen Teilspielen bestand. Das Ziel war bei den zwei Spielern wie jedes Mal das Gleichgewicht zu erreichen. Das so genannte *teilspielperfekte Nash-Gleichgeweicht* ist eine Verfeinerung des Nash- Gleichgewichts: „Teilspielperfektheit fordert, dass die Nash- Gleichgewichtsbedingung nicht nur für das gesamte Spiel gilt, sondern auch für jedes seiner Teilspiele. In der Praxis bedeutet Teilspielperfektheit, dass man das Spiel von hinten her löst. Die Teilspielperfektheit ist eine der wichtigsten Verfeinerungen des Nash-Gleichgewichts überhaupt und wird einfach stillschweigend angewandt, wenn es noch weitere nicht teilspielperfekte Gleichgewichte gibt. Es ist aber nicht ganz so harmlos wie es auf den ersten Blick scheint."[17]

Obwohl die allgemeine wirtschaftliche Lage in Ungarn wurde wesentlich besser. 1889 wurde die Steuerreform in Österreich und in Ungarn durchgemacht, demzufolge fing eine bessere Periode in der ungarischen Wirtschaftspolitik an. Das Steuersystem blieb im Großen und Ganzen bis 1918 gültig. Die Aufteilung auf direkte und indirekte Steuern.[18] Die direkten Steuern bildeten eine lange Reihe der Steuerarten wie Grundsteuer, Haussteuer, Erwerbsteuer, Steuer rechnungspflichtiger Unternehmungen und Vereine (zuzüglich Bergwerksabgabe), Kapitalzins- und Rentensteuer, allgemeiner Einkommenssteuer-Zuschlag. Beide Teilstaaten konnten dadurch Haushaltsüberschüsse verzeichnen, die Tilgung der Staatsnoten konnte unter besseren Vorbedingungen weitergehen, das durch die Diskontierung ausströmende Geld konnte

[14] Unmittelbar nach dem Prager Frieden, der den 1866er Krieg abgeschlossen hatte, war das Verhältnis mit Deutschland schlecht, 1873, mittels des „Dreikaiserbündnis" aber viel besser geworden. Probleme waren nur mit dem Lebensniveau, die Regierungen in Pest zeigten Schwankungen in der Lösung der Armenfrage. In: Tefner, Zoltán: Reformsensibilität der Ungarischen Gesellschaft i. m. S. 53.

[15] Der Goldabbau in den oberungarischen Edelmetallabbauwerken (Selmecbánya, Körmöcbánya) und in Siebenbürgen in dem Erzgebirge war immer noch groß, aber mit Abstand nicht ausreichend. Gold auf dem internationalen Markt zu kaufen war jedoch gar nicht rentabel, weil das Gold da unerschwinglich teuer war.
[16] Jobst, Clemens–Kernbauer, Hans: Die Bank. Das Geld. Der Staat [a. a. O.]. S. 127.
[17] https://www.wiwiwiki.net/index.php/Teilspielperfektes_Gleichgewicht. Heruntergeladen: 23. November 2021.
[18] AT-Oesterreichisches Staatsarchiv. Allgemeines Verwaltungsarchiv [im Weiteren: AT-OeStA. AVA]. Nachlässe Riedl 66. NL Riedl III. D. – Ausgleich mit Ungarn 1892–1938. Karton 66.

durch die gestiegenen Steuereinnahmen ersetzt werden.[19] Das Agio ging zwischen 1887 und 1892 zurück, der Gulden wertete auf. Nur die ungarische Landwirtschaft musste Schädigung einbüßen, durch den sich verbesserten Gulden konnte man Getreide zu schlimmerem Nutzen absetzen, was zu der bekannter Krise der Landwirtschaft in den 1890er Jahren führte.

Die zwei Parlamente haben mehrere Angelegenheiten in der Währungsreform durchlaufen lassen. „Die Umsetzung der Reform zog sich aber über Jahre hin, und letztlich wurde das erstrebte Ziel, die Einlösbarkeit der Banknoten in gesetzliche Münze, bis zu Ende der Monarchie nicht erreicht. Der Grund dafür war im Wesentlichen, dass alle gesetzlichen Schritte im Währungsbereich von Österreich und Ungarn gemeinsam entschieden werde mussten und damit Teil der komplexen Aushandlungsprozesse bildeten, die die turnusmäßige Erneuerung des Ausgleichs begleiteten. Das Paradox war, dass beide Seiten im Prinzip das gleiche Ziel einer stabilen, goldbasierten Währung verfolgten, sich über den Weg dorthin jedoch nicht einigen konnten. Die österreichische Seite betrachtete mehrheitlich die Stabilität des Außenwerts als zentral und maß der gesetzlichen Verpflichtung zur Einlösbarkeit der Banknoten in Gold eine untergeordnete Rolle zu. Für wichtige Teile der ungarischen Seite war aber die Einlösbarkeit nicht nur ein Ziel an sich, sondern bildete vielmehr die Voraussetzung für die Gründung einer eigenen ungarischen Notenbank, deren Glaubwürdigkeit auf der Verpflichtung beruhen würde, wie die österreichische Notenbank ihre Banknoten jederzeit in Gold einzuwechseln.“[20] Dass es kein *teilspielperfektes Nash-Gleichgewicht* entstand, also der Prozess nicht „harmlos” abgelaufen ist, war die Bestrebung der parlamentarischen Opposition in Budapest schuld daran, die – unterstützt von vielen Politisierenden in Ungarn – die Errichtung der selbstständigen ungarischen Notenbank forderten.[21]

Eine Pattsituation hat sich eingestellt. Die Einlösungspflicht der Banknoten hätte die Gründung einer eigenständigen *ungarischen* Notenbank nötig gemacht, was den Österreichern inakzeptabel war. Die Erklärung über die Einführung des Goldstandards setzt sich am Folgendermaßen fort: „Das Patt auf politischer Ebene führte dazu, dass die Entscheidungen über die tatsächliche Politik von der Oesterreichisch-ungarischen Bank getroffen werden mussten. Obwohl diese Statuten von 1899 den staatlichen Einfluss erhöht hatten, erhielt die Bank realpolitisch einen Spielraum, über den sie in einem unitären Staat nie verfügt hätte.“[22] Die Bank hat diesen Spielraum ausgenutzt und hat den Wechselkurs auf dem Markt fixiert. Die Monarchie erhielt mit diesem Trick eine in Gold konvertible Währung, ohne dass diese Konvertibilität auch gesetzlich geregelt worden wäre.[23] Der ungarische Staat hat Spielraum

[19] MNL OL. Pénzügyminisztériumi Levéltár. Pénzügyminisztérium. Elnöki iratok. K 255. 1894. 8. tétel. „Übereinkommen, zwischen dem k. ung Finanz-Ministerium und der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, betreffend die Ueberlassung von Silberkurantgeld und Banknoten gegen Geld seitens der Bank zum Behufe der durch den Ges. Art. […] ex 1984 angeordneten Einziehung von Staatsnoten.

[20] Ebenda. S. 127—128.

[21] 1848 wurde eine ungarische Regierung gebildet, derer Finanzminister selbst der spätere Führer des Freiheitskrieges Lajos Kossuth war. Der Traum von einer selbstständigen Währung wurde also doch nicht erfüllt. In: Tefner Zoltán: Reformsensibilität der Ungarischen Gesellschaft i. m. S. 53.

[22] Jobst, Clemens–Kernbauer, Hans: Die Bank. Das Geld. Der Staat [a. a. O.]. S. 128.

[23] Ebenda.

verloren, genauso der österreichische Staat aber die gemeinsame Bank hat damit Positionen gewonnen.

Die die Aufmerksamkeit erregende Geschichte mit der Goldwährungsstabilität setzte sich dann fort. „Um die Kosten zu reduzieren entschieden sich die Regierungen gegen eine Demonetisierung[24] des Silberguldens.“[25] Der silberne Gulden blieb also im Umlauf, behielt er seine unbegrenzte gesetzliche Zahlungskraft und die Notenbank konnte bei der Deckung des Papiergeldes wie Gold einrechnen. Wenn man aber immer neue und neue Silbermünzen prägt – so die Logik der monetären Politik – wird der Wert des Silberguldens verloren gehen. Und woher das fehlende Gold? Zwischen 1892 und 1893 emittierten die Staaten große Goldanleihen. „Die Eingänge aus den Anleihen überstellten die beiden Regierungen der Notenbank und erhielten im Tausch Banknoten und Silber, die sie für das Einlösen der Staatsnoten verwendeten. 1901 war die Einlösung der Staatsnoten abgeschlossen, die Kosten teilten sich Österreich und Ungarn im Verhältnis 70 zu 30.“[26] Durch dieses mehrfach und tief durchdachte Manöver hat die Monarchie ihren schon längst ersehnten Goldstandard gehabt und die OeUB als Notenbank übernahm die Wechselkurspolitik. Noch dazu verübte sie alle anderen 12 Notenbankfunktionen. Die Maßnahmen bedeuteten die Krönung jener Zeiten, die in die ungarische Geschichte als „glückliche Friedenszeiten“ einmarschierten. Spieltheoretisch erfolgte der ideale Zustand, der als Musterbeispiel des Nash-Gleichgewichts aufzufassen ist.

Ideenbesitzer oder Vollstrecker? Sándor Wekerle und der Goldstandard

Sándor Wekerle[27] wurde 1892 Ministerpräsident. Der einer katholischen Familie würthembergischer Herkunft entstammende junge Mann, Ökonom, begann seit 1870 im Finanzministerium zu arbeiten. Mitglied der „Szabadelvű Párt“, naher Mitarbeiter von Kálmán Tisza hat sich schon in seinen jungen Jahren mit der Frage einer ausgeglichener Währung eng verbunden. Schon als Staatssekretär vertrat er der Meinung, dass die Währungsreform nur unter Mitwirkung der österreichischen Staatsleitung gelöst werden kann. Wekerle wurde unter den Zeitgenossen als einer der am besten ausgebildeten Volkswirten der Zeit angesehen, auch der Kaiser hat ihm öfters um seinen Rat gebeten, was er in seinem Karriere erreicht hatte, verdankte er seinem Talent und nicht den Verbindungen, der Abstammung oder seinem Vermögen.

Bei der Einführung der Goldwährung hat er ohne Zweifel Pate gestanden. Ob er Ideeninhaber derer war oder nur ein aktiver Teilnehmer an den Reformen Dienst geleistet hat, sind die Meinungen unterschiedlich. Ideeninhaber sind unter den Leuten um den Ausgleich, im Jahre 1867 zu suchen – selbst im Ausgleich wurde vorausgesetzt, das die Goldwährung „in einer beliebigen Zeit“ eingeführt werden sollte. Eines ist sicher: In seinen Schriften stellt es sich heraus, dass er von einer harten, bei dem Umtausch stabilen Währung eine Möglichkeit der Weiterbeförderung des Reichtums des Landes erwartete. Vor allem sah er in dem Goldstandard

[24] ”Demonetisierung”: Auszug eines Zahlungsmittels aus dem Umlauf.
[25] Jobst, Clemens–Kernbauer, Hans: Die Bank. Das Geld. Der Staat [a. a. O.]. S. 129.
[26] Ebenda.
[27] Wekerle Sándor (1848—1921): ungarischer Politiker, Finanzminister, Ministerpräsident 1892-1895, 1906—1910, 1917—1918.

eine Absprugsposition für die Landwirtschaft auf dem Weltmarkt. Die Einführung einer stabilen Währung bildete die Vorbedingungen einer stabilen Gesellschaftskohäsion.[28]

Die Position musste für die Goldwährung mit einer strikten Eindeutigkeit vorbereiten. Das oben behandelte Papiergeld—Goldwährung-Diothopie bedeutete eine Drohung für den Übergang Gulden-Krone. Schon zwei Jahre nach der Einführung der Krone mahnte selbst der gemeinsame Außenminister Agenor Gołuchowski auf Grund eines Berichtes des New Yorker k. u. k.-Genelakonsuls Wekerle darauf, er soll der Klemme der Doppelwährung entgehen. Aufpassen: In den USA sind zwei Währungen in Umlauf, eine gute und eine Quasiwährung.[29] In Ideen, mit denen der Ministerpräsident in Hülle und Fülle hatte, konnte man nicht immer die richtige finden. Der österreichische Ökonom, Eduard Hammer schrieb über seine Idee: Das ungarische Finanzministerium überweist an die OeUB 48 Millionen Gulden in 20-Kronenscheinen. Gyula Kautz beschreibt [30]Texttreu zitiert: „[…] zum Zwecke der Einziehung von Staatsnoten von 48 Millionen Gulden ö. W.[31] in Zwanzigkronenstücken bei der Hauptanstalt der Oe-U. Bank in Bp. erlegen wird, somit die ausdrückliche Zusicherung abzugeben, daß diese 48. Mill. ö. W. in Zwanzigkronenstücken in der Verwahrung ihrer Budapester Hauptanstalt werden belassen werde, bei welcher auf die nötigen Einrichtungen hierfür bereits getroffen werden sind.“[32] Was man mit Unwille tut, wird sauer. Die Antwort von Wekerle: „Nach unserer Auffassung ist der Gedankengang des ganzen Planes so gestört ist, dass sich in die Kritik dessen einzulassen sehr weit führen würde. Wir bemerken, dass Eduard Hammer Währungsreformprojekte schon mehrmals eingereicht hat, die auf den Grundlagen aufgebaut sind, die allen angenommenen Prinzipien der ökonomischen Wissenschaften diametral entgegengesetzt sind.“[33]

Ungebetene Fürsprecher gibt es allerdings zahlreich. Meinungen über das Gegensatzpaar Silber und Gold, bzw. „Bimetallismus“ waren voneinander seit mehreren Jahren abweichend. Die Probleme sind in der Gedankenwelt von Wekerle das erste Mal nicht im Jahr 1894 erschienen, sondern mehrere Jahre zuvor. Wekerle war als Staatssekretär ein Mann von Kálmán Tisza.[34] Der Ministerpräsident hat zu Wekerle Vertrauen gehabt. Tisza war eine leitende Persönlichkeit ohne finanzpolitische Fachkenntnisse, über die sich aber Wekerle verfügte. Seit Anfang an, als er eine maßgebende Zuständigkeit im Finanzministerium erhielt, vertrat er das Konzept der Wiederherstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts, ohne die einen immer breiteren Spielraum zu gewinnen auf internationalen und innerpolitischen Ebene unmöglich war. Und was zu diesem Programm notwendigerweise angehörte: die Einführung des Goldstandards. Schon als Abgeordneter im Wahlbezirk Nagybánya hat er den Gnaden der Wähler gewonnen, und zwar so, dass er das Projekt einer umfassenden Währungsreform mit Goldwährung

[28] Tefner Zoltán: Das Zeitalter des Dualismus 1867–1914 [a. a. O.]. S. 97.
[29] MNL OL. Pénzügyminisztériumi Levéltár. Pénzügyminisztérium. Elnöki iratok. K 255. 1894. 8. tétel. Gołuchowski an Wekerle, 15. Januar 1894.
[30] Kautz Gyula (1829—1909): ungarischer Ökonom, Abgeordneter der Deák-Partei, Universitätsprofessor, einer der Vorbereiter des Ausgleiches von 1867. Von 1883 Vizegouverneur, ab 1892 Generalgouverneur der OeUB. An der Währungsreform spielte er maßgebende Rolle.
[31] „ö. W.”: österreichischer Wert.
[32] MNL OL. Pénzügyminisztériumi Levéltár. Pénzügyminisztérium. Elnöki iratok. K 255. 1894. 8. tétel. Kautz an Wekerle, 27. Februar 1894.
[33] Ebenda. Wekerles Notizen.
[34] Kárbin Ákos: Wekerle Sándor, a Monarchia aranyembere [Sándor Wekerle, der goldene Mann der Monarchie]. Gondolat Kiadó, Budapest, 2021. S. 119.

anberaumt hatte. Das damalige Allgemeininteresse – wie mehrmals und am vielen Ort in Europa – reagierte positiv auf das goldene Münzenwesen.

Ungarn hat als eine Kollektive von politischen Interessenträgern vorgeahnt, dass das immer wertloser gewordene Silber- und Papiergeld Veränderungen benötigt. Die ungarische Staatspolitik, obwohl die Interessen des Privatsektors, des privaten Bankensystems und der Investoren das Behaltens des Guldens österreichischen Wertes aus Spekulationsgründen erwünschten, musste die Goldwährung bevorzugen. Im Hintergrund standen nämlich das Gleichgewicht der internationalen Zahlungsbilanz und der immer mehr wachsende internationale Warenverkehr. Früher, in den 50er 60er Jahren konnte die Silberwährung und Banknotenzahlung den Ansprüchen des internationalen Handelsverkehrs zufriedenstellend entgegenkommen, aber ab den 1870er Jahren, als in der kapitalistischen Produktion ein riesiger Angebotsüberschuss entstand, wurde das silberne System ungenügend und funktionsunfähig. Die ständigen Kursschwankungen bei dem Umtausch der Währungen verursachten Störungen im Warenverkehr. Zunächst einmal musste die ungarische Wirtschaftspolitik ihre Positionen intern, also innerhalb der Monarchie verstärken. Wekerle, nachdem er zum Staatssekretär befördert worden war, begann Verhandlungen mit dem österreichischen Sektionsrat Niebauer bezüglich Währungsregelung und eines neuen Münzengesetzes.[35] Das vor kurzem verlängerte Zoll- und Handelsbündnis zwischen der zwei Staaten lag diesen Verhandlungen zu Grunde.

Das Vorwärtsgelangen war aber nicht reibungslos: Die Währungsreform hinderte gerade der österreichische Finanzminister, der Pole Julian Dunajewski, der das Gewicht auf den Staatshaushalt legte, er konzentrierte auf die Steuerreform und der Goldstandard erregte bei ihm kein besonderes Interesse. Seine Mitarbeiter, so der oben erwähnte Niebauer setzten sich aber mit desto mehr Begeisterung für die Goldwährungsreform, was den Interessen der Tisza-Regierung erheblich nutzte. Niebauer hat Tisza brieflich angesprochen, er solle sich darum kümmern, dass im Handelsverkehr die Bargeldzahlung erleichtert werden müsste. Die beiden Staaten haben nämlich im Zoll- und Handelsbündnis aus dem Jahre 1887 eine selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen[36] und um die Vollziehung dieser Bürgschaft zu erleichtern wäre die Einführung der Goldwährung die beste Methode. Der Vorschlag von Niebauer erzielte die Abhaltung regelmäßiger Beratungen über die Vollziehung des 1887er Bündnisses, also über die „Herstellung der Valuta".[37] Das Haupthindernis im Wege der Vollstreckung war aber jedenfalls der Widerstand des Großkapitals und der Agrarier -- „Freunde der Papierwährung" genannt -- aus den oben erwähnten Spekulationsgründen; beim Umtauschen und bei den Bezahlungen konnte man auf dem Spiel „Agio/Disagio" viel verdienen. Ihre Produkte, insbesondere die Agrarprodukte haben sie im Ausland in Gold verwertet, und im Inland haben sie die Löhne und die Steuern in dem billigen Gulden/Forint bezahlt.

Die Strategien im Kreise der Spielfaktoren waren nicht klar, sondern gemischt. Sehr viele Momente der Entscheidungen hingen von Privatinformationen ab. Besonders von den der sich Wien und Budapest verweilenden oder oft verkehrenden Mitarbeitern der großen westeuropäischen Bankhäusern. Die gemischte Strategie ist in der Spieltheorie eine Strategie,

[35] Ebenda.
[36] ÖStA. AVA. Finanzministerium. Niebauer an Kálmán Tisza, 26. Februar 1889.
[37] Kárbin Ákos: Wekerle Sándor [a. a. O.] S. 124.

bei der ein Spieler eine zufällige Entscheidung zwischen zwei oder mehr Handlungsmöglichkeiten trifft.[38] Die persönlichen Informationen können die die Einheit der ursprünglich reinen Strategien auflösen. Gemischte Strategien kennzeichnen sich durch eine Wahrscheinlichkeitsverteilung über die gegebenen reinen Strategien. Dies bedeutet, dass der Spieler eine der gegebenen reinen Strategie mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wählt. Die Wahl der gespielten Strategie unterliegt damit einem Zufallsmechanismus.[39] Diese Zufälligkeit der einströmenden Informationen hat die Arbeit von Wekerle in diesem außerordentlich komplizierten Projekt allzu sehr erschwert und dass Arrangement brauchte ein wirtschaftspolitisches Talent, so groß, wie es Wekerle hatte. (N. b.: Rationaler Spieler spielt keine streng dominierte Strategie, weil er keine Vermutungen hat, welche Strategie die anderen wählen. Es wäre nicht optimal strenge Strategie zu wählen. Und Wekerle war auch groß darin dass er seine Strategien entlang des Zuges der Ereignisse veränderte.)

Am 9. April 1889 wurde Wekerle der Finanzminister, und die Vorbereitungen zur Währungsregelung hat er da fortgesetzt, wo er sie als Staatssekretär aufgehört hatte. Die monetäre hat sich nicht verbessert, der Tiefflug des Silbers wurde noch stärker. (Gegen Ende der 70er Jahren wurden in Amerika und in Australien neue Silberfundorte entdeckt und das einströmende Silber hat den Silberpreis drastisch heruntergedrückt.) In diesem Spiel konnte eine gute ungarische Regierung gegen eine weniger gute österreichische Siege davontragen. Und Wekerle als Finanzminister im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten Gyula Szapáry hat diesen Sieg davongetragen. „Die konservative Taaffe-Regierung war gezwungen in allen Ungarn betreffenden wirtschaftlichen Fragen zu Nutzen Ungarns zurückzutreten. Die Taaffe-Regierung hat gedacht, die Währungsregelung könnte einen neuen Impuls der österreichischen Industrie geben.“[40] Die ausländischen Beobachter haben die Lage Ungarns äußerst optimistisch beurteilt. Der Botschafter des Deutschen Reiches in Wien, Heinrich Reuß[41] meldete 1889 nach Berlin, dass der Konversionswert der ungarischen Papierrente verglichen mit 1888 um 13% wuchs, was mit dem nach Ungarn einströmenden Goldes zu erklären ist. Erklärung dafür: Überfluss an Gold, außerdem niedriger Zinsfuß. Das dynamische Spiel mit teilweise unvollständiger Information hat diesmal die ungarische Regierung gegenüber eine nicht auf Goldstandard konzentrierende österreichische Regierung gewonnen.

Die Fortsetzung der Vorbereitungen zur Währungsumgestaltung ging nach dem Amtsantritt von Wekerle auf Hochtoueren. Der Ungar, Gyula Kautz, zur Zeit Vizegouverneur der Österreichisch–Ungarischen Bank hat sich die Valutaregelung auf drei Pfeilern vorgestellt: Die Währung kann durch die Aufhebung des Zwangskurses des Papiergeldes verbessert werden, und zwar musste man die Auszahlungen in Silber gegen Papiergeld in Gang setzen, zweitens musste man entscheiden, ob die zwei Seiten der Monarchie – besonders das Ungarische Königreich – die Silberwährung eigentlich behalten will, im Falle, wenn nicht, so musste man um ein anderes Metall kümmern, drittens wird die einzuführende Münzeinheit nur so

[38] Pindyck, Robert S.–Rubinfeld, Daniel L.: Mikroökonomie. 8. Auflage. Hallbergmoos: Pearson, 2015.
[39] Varian, Hal R.: Grundzüge der Mikroökonomik. 9. Auflage. De Gruyter Oldenbourg, Berlin, 2016. S. 601.
[40] Kárbin Ákos: Wekerle Sándor [a. a. O.] S. 130.
[41] Reuß zu Köstritz, Heinrich VII. (1825—1906): deutscher Diplomat, 1873 bis 1876 diente er Kaiser Wilhelm I. als Generaladjutant, dann Botschafter in Konstantinopel und Wien. Mitglied des preußischen Herrenhauses.

„lebensfähig", wenn die Belastung durch das Agio erleichtert wird, also wenn sich der Wert des damaligen Forints erhöhen wird. Der dritte Pfeiler hätte das Gebäude nur dann halten können, wenn die Zahlungskraft bei dem Ausgleich ausländischer Schulden größer hätte werden können. Eine Vorbedingung war dazu die ergebnisvolle Wirtschaftsbeförderung, Erhöhung der Exportmenge, wodurch der Mangel des ungarischen Staatshaushaltes niedriger wird. „Das ganze Manöver der Valutareform soll auf sichere Basis gelegt werden, um zu wissen, wie der Staat und die Bank miteinander stehen."[42]

Wichtige Überlegungen brauchte demzufolge die Silberfrage, was würde mit dem Silbervorrat und den Staatsnoten der ÖUB geschehen. Wie es oben erwähnt wurde, der Ausgleich, der Gesetzesartikel XII 11. § hat eindeutig ausgesprochen: Das Ziel ist eindeutig, die Einführung des Goldstandards vorzunehmen. Wekerle war an der Meinung, aus den Staatsnoten von 312 Millionen muss die Bank 212 Millionen auf Gold einwechseln, 100 Millionen hätten in Titeln von 5 und 1 Gulden ohne Schäden in Umlauf bleiben können. Die Verwertung des Silbervorrates blieb die schwierigste Aufgabe in dieser Situation. Zwischen Wekerle und Dunajewski entstanden im Tema Meinungsverschiedenheiten. Wekerle wollte so schnell wie möglich von dem ganzen Silbervorrat frei werden, Dunajewski wollte eher Münze aus der in der Notenbank deponierten Silbermenge Münze prägen. Die geheimen Verhandlungen zwischen den zwei Ministerien liefen 1890 in mehreren Etappen ab. In Wien wurden 19. September 1890 Besprechungen über den Verkauf der ganzen Silbermenge der Österreichisch–Ungarischen Bank veranstaltet. Im Oktober haben die Angestellten der Ministerien die Besprechungen. Zuletzt hat Dunajewski seinen Standpunkt aufgegeben und Wekerles Standpunkt wurde künftighin gültig. Gold musste man kaufen, dazu Kredit aufnehmen. Und Wekerle hat einen Plan ausgearbeitet: Durch Aktienkonversion der Eisenbahnaktien gelangte man zum Geld, und mit den aus der Konversion eingegangen 5% Zinsen konnte man die Zinsen für die aufgenommenen Kredite decken.

Der ganze Prozess der Währungsreform ging mit dem Deutschen Reiche Schulter an Schulter vor. Die Deutschen haben eingesehen, dass die Monarchie sich weder der Lateinischen Münzenunion noch dem deutschen Marke-System anschließen will. Daher bestrebten sie sich nach einem bilateralen Zoll- und Handelsvertrag. Der Bismarck-Nachfolger, der neue Reichskanzler, Leo von Caprivi vertrat die Strategie, die wilhelminische Weltherrschaftspolitik auch mit wirtschaftlichen Mitteln voranzutreiben. Der Vertrag mit Österreich-Ungarn von 1891 hat sich diese Weltherrschaftsbestrebungen zum Ziele gesetzt. Caprivi hielt es von Augen, dass der errungene sehr hohe industrielle Status Deutschlands auch mittels Wirtschaftspolitik weiter verstärkt, also ratifiziert werde. Die Antwort auf die zahlreichen verträglichen Schließungen (enorme Verstärkung der deutschen Hegemonie) riefen Angst in Frankreich und Russland vor; das Ergebnis ist bekannt: französisch–russisches Bündnis im August 1891. Die ungarische Wirtschaftspolitik konnte diesem Spiel nicht wegbleiben, der Zwang der Anpassung an die Veränderungen welthistorischer Tragweite hat auch Budapest und Wekerle mitgerissen. Und es stand im Interesse Ungarns: Gegen die brutale Zolltarifpolitik von Russland und der Übersee musste Deutschland in Mitteleuropa eine starke Wirtschaft sehen. Die Szapáry-Regierung und auch Wekerle waren mit dieser deutschen Politik einverstanden und sie hatten Ende 1891 die Initiative, die schon in Kürze ablaufenden Handelsverträge zu verlängern.

[42] Notizen von Gyula Kautz. Zitiert von Kárbin Ákos: Wekerle Sándor [a. a. O.] S. 134.

Schwierigkeiten im Laufe des 1892er Jahres haben den Geschäftsgang weiter untermischt. Solche waren die Probleme der Kosten der Rüstungsindustrie und die Sache der sogenannten „Vereinsthalern". Nach der zweiten Balkankrise von 1888 fing vor der Angst vor der russischen Drohung in Deutschland und in der Monarchie eine intensive Rüstungspolitik an. Die Heeresförderung verzehrte eine Menge von Geld – zum Nachteil der Anschaffung von Gold. Die vielen Vereinsthaler in den Kassen der staatlichen Behörden und in der Notenbank verursachten ein anderweitiges Problem. Um die Finanzierung der Rüstungsindustrie musste aber nicht Dunajewski, sondern der neue Finanzminister Emil Steinbach die Sorge tragen. Franz Joseph hat ihn 2. Februar 1891 zum Finanzminister ernannt. Umsonst verzehrte die Ausrüstung der Armee eine Menge von Geld, die schon herausfundierten Konzepte über den Goldstandard mussten ihren großen Raum in erster Linie in Budapest behalten. Die ungarische Gesellschaft, Ungarn und die im Lande zerstreuten Minderheiten[43] warteten mit Ungeduld auf die Lösung des Währungsproblems, was die Aktivität von Wekerle ohnehin steigerte.

Der in Wien akkreditierte deutsche Botschafter Reuss hat seine Berichte über die aus deutschem Gesichtspunkt allerwichtigsten Ereignisse der Wiener Währungspolitik auf die Adresse Berlins fleißig verschickt. „Auf Grund der Reusses Auskünfte aus Regierungskreisen wurden alle beiden Finanzminister zum Anhänger der Währungsregelung geworden, jedoch steht die Reform unter Vorbereitung." – stellte Reuss im April 1891 die momentane Lage für Caprivi fest.[44] Am 23. August 1866 hat der Prager Frieden ausgesprochen, dass Österreich aus dem im Jahre 1857 abgeschlossenen Wiener Münzenabkommen austreten muss.[45] Österreich störte nachher die selbstständige deutsche Münzenpolitik nicht mehr und der 1857 durch Deutschland erhobene Verbot gegen den österreichischen Anspruch seine Währung in Goldwährung umzugestalten wurde durch den Prager Frieden genauso null und nichtig. Ihre Wege trennten sich. Das Deutsche Kaiserreich hat zwischen 1871 und 1873 Währungsreform durchgeführt, es hat die goldene Marke („Goldmarke") geschaffen. Als Reuss in Wien darüber Auskunft einräumte, dass Wekerle und Steinbach über die Goldwährung ernsthaft denkt, begannen die Deutschen Protest zu erheben. Die Panik erregte, dass im Tresor der deutschen Zentralbank eine beträchtliche Menge von „Vereinsthalern"[46] drinnenblieb, sie wollten das Silber irgendwie nach Wien „nach Hause schicken" und nun die österreichischen und ungarischen die Finanzbehörden – besonders Wekerle – Verzweiflung getrieben, was wird, wenn die schon so wie so riesiger Menge des Silbers in der Wiener Bank sich weiter vermehrt. Die Diskussion dauerte fast ein Jahr lang, sie waren finanztechnisch sehr kompliziert. Als die beste Lösung erwies sich letztlich die Außerkraftsetzung des Vereinsthalers. Die Regierungen haben die große Gefahr für die ungarischen Exportgüter (Getreide) verwehrt: Gesetze wurden verabschiedet sowohl in Wien als auch in Budapest oder Berlin über die Entziehung des Vereinsthalers dem Umlauf.

[43] „Der französische Psychologe, Gerard Tarde erinnert uns daran, dass irgendeine Menge der Menschen kann auf etwas einheitlich, also in gleicher Weise reagieren, obwohl ihre Mitglieder im Raum zerstreut leben." Erwähnt von Tefner, Zoltán: Reformsensibilität der Ungarischen Gesellschaft i. m. S. 53.
[43] MNL OL. Pénzügyminisztériumi Levéltár. Pénzügyminisztérium.
[44] Reuss an Leo von Caprivi, 29. April 1891. In: Kárbin Ákos: Wekerle Sándor [a. a. O.]. S. 183.
[45] Punkt XIII des Friedensvertrages.
[46] „Vereinsthaler": Silbermünzen, geprägt nach dem Beschluss des Wiener Münzenvereins zwischen Deutschland und Österreich.

Die Zahl der Stationen bis zum Entstehen der Währungsgesetze ist ziemlich hoch. Währungsenqueten mussten den Boden für die beste Lösung bereinigen.[47] Die iterativen Spiele folgten in der dualistischen Zeit nie gesehener Dichte nacheinander. Geheime Verhandlungen ereigneten sich in der Österreichisch–Ungarischen Bank, laut der Besprechungen wurden die Grundstatuten der ÖUB modifiziert[48], die Vertreter der Rotschild-Bankhauses sind in Budapest angekommen[49], weil die ganze Angelegenheit ohne Kreditaufnahme hätte nicht durchgeführt werden können. Regierungskommissare wurden zur Währungsregelung entsendet, die Krupp-Werke haben den Plan warm unterstützt, die Deutsche Reichsbank hat sich über die erwartenden Änderungen positiv geäußert. Und endlich ist der Beschluss über die Einschmelzung des Vereinsthalers verfasst.[50]

Als Finanzminister musste er hingegen eine Polemik mit der parlamentarischen Opposition führen. Die Nemzeti Párt, die 48er und die anderen äußerst radikalen Fraktionen haben die absolute Basis der Durchführung der Währungsreform in Frage gestellt. Es war für ihn unermesslich schwer, das Fechten gleichzeitig in zwei Richtungen zu machen. Im März musste er daher auch mit verfassungsrechtlichen Fragen gegen die Oppositionellen auf die Bühne treten und ihnen erklären, warum ihr Standpunkt, die Reform, also das Wohlergehen des Landes gefährdet. Ein Abschnitt aus der Wekerle's Rede im ungarischen Parlament: „Und die politischen Programme, v. Haus, bestehen nicht nur darin, dass sie die Hauptlinien festsetzen, sondern bei ihnen ist es ein unvermeidliches Erfordernis, dass sie wenigstens die Wahrscheinlichkeit dessen anbieten mögen, dass was sie wünschen, bleibt nicht auf dem Gebiet der akademischen Sehnsucht, sondern das wird im ordentlichen Wege der Gesetzgebung auch praktisch vollzogen *(Lebhafte Bejahung von rechts)*. Und wenn ich in ihrer Politik diese Erfordernisse suche – ich bitte Sie um Ihre Verzeihung –, muss ich ganz offen aussprechen, dass in ihrer Politik sogar diese elementarsten Bedürfnisse fehlen *(Hört! Hört!)*."[51]

Die Krone auf das Haupt der Währungsreform hat die Ernennung von Wekerle zum Ministerpräsidenten am 17. November 1892 gesetzt. Der erste Ministerpräsident bürgerlicher Herkunft war pedant, vielseitig, geschult und lebensfreudig. Schon in der Zeit als Staatssekretär oder Finanzminister hat er den Grundstein seines Gebäudes als Ministerpräsident und Hauptdarsteller für die Währungsreform niedergelegt. Ob dadurch ein Nash-Gleichgewicht in reinen Strategien entsteht ist absolut fraglich, wohl unmöglich. Das Nash-Gleichgewicht, wie oben erörtert wurde, „[…] beschreibt in nicht-kooperativen Spielen eine Kombination von Strategien, wobei jeder Spieler genau eine Strategie wählt, von der aus es für keinen Spieler sinnvoll ist, von seiner gewählten Strategie als einziger abzuweichen. In einem Nash-Gleichgewicht ist daher jeder Spieler auch im Nachhinein mit seiner Strategiewahl einverstanden, er würde sie wieder genauso treffen. Die Strategien der Spieler sind demnach gegenseitig beste Antworten."[52] Für Wekerle bereiteten die größten Schwierigkeiten, dass die

[47] Kárbin Ákos: Wekerle Sándor [a. a. O.]. S. 247.
[48] Ebenda. S. 253.
[49] Ebenda. S. 261.
[50] Ebenda. S. 285.
[51] Die Texte des Protokolls des ungarischen Abgeordnetenhauses hat Zoltán Tefner in deutscher Übersetzung zur Verfügung gestellt.
[52] https://de.wikipedia.org/wiki/Nash-Gleichgewicht. Heruntergeladen: 11. Oktober 2021.

teilnehmenden Akteure ihre Strategien – größtenteils auf Einfluss von Privatinformationen – in ungewohnten Häufigkeit änderten.

Den Posten als Finanzminister hat er sich auch weiterhin behalten. Der erste Akt als Ministerpräsident war die Organisierung der Konversion: Was seit Anfang an bestritten war, der Umtausch des Papiergeldes und der Silbermünzen auf Gold. Wie oben erwähnt, das Gold stand nicht ausreichend in der Notenbank zur Verfügung, die für die Reformen nötigen Ressourcen mussten sie durch Konversion anschaffen. Die Leute der Rotschild-Gruppe haben diese Konversion schon im Laufe des Jahres 1892 vorbereitet, die Pariser und Londoner Anstalten waren bereit die Wertpapiere zu übernehmen. Zum Beispiel die Creditanstalt hat versprochen, dass sie die Papiere im Kurs von 95% des Nennwertes übernehmen.[53] Ab Dezember gingen schon die Goldaufkäufe, in der Zusammenarbeit mit dem Rotschild Bankhaus. Die Verhandlungen mit den Rotschilds in Budapest führten am 6. Januar 1893 zum Ergebnis.

Warum konnten die Reformen von Wekerle in den zeitgenössischen osteuropäischen, insbesondere in den finnischen Verhältnissen nicht zur Geltung kommen?

Wekerle wurde auch von den zwingenden Verhältnissen der Weltpolitik sowie die politische Lage in Osteuropa zur Herrichtung in den Finanzen getrieben. Und die europäischen Zusammenhänge waren gleichfalls nicht zu vernachlässigen. Die Welt nach Bismarck und nach dem Antritt des Kaisers Wilhelm II. hat sich in das Gewand der Widersprüche und der Zweideutigkeit eingehüllt, alles wurde viel komplizierter als es zuvor war, nachdem Europa nach 1867, dem Abschluss des Österreichisch-Ungarischen Ausgleiches wieder in den Zustand des Gleichgewichts gelang. Diese politische Ruhe diente in Deutschland und in der K. u. K.-Monarchie auch als Voraussetzung einer harmonischen Sozialpolitik.[54] Dazu brauchte man aber eine Art von Vereinheitlichung, von einer integrierten Wirtschaftspolitik. Was uns, die Nationen vom Nordpol bis hinunter auf die Meerengen besonders interessierte, war die zweckdienliche wirtschaftspolitische Methode, wie es gelingen würde, eigene wirtschaftliche, finanzielle Systeme an das große europäische System anknüpfen zu lassen. Mit Polen und Finnland stand dieses Dilemma außerhalb Obligo: Finnland in seiner territorialen Ganzheit, Polen teilweise bildeten Teile des Russischen Kaiserreiches. Die Tschechen waren als Kronland in Österreich jenseits der Leitha eingegliedert. Die Rumänen waren wirtschaftspolitisch und finanziell kein maßgebender Faktor; zu dieser Zeit fingen sie an, die französische Finanzpolitik zur Mitwirkung zu gewinnen. Diese Mitwirkung würde darin bestehen, dass sie in einer eventuellen europäischen Krisensituation Siebenbürgen – ein Teil des Ungarischen Königreiches – mit französischer Hilfe bekommen, wodurch das französische Finanzkapital dort zu einer Überhandnahme kommt. Serbien galt damals als ein politischer Stützpunkt des Panslawismus, alle seine Schritte musste es spieltheoretisch an die Schritte der russischen Wirtschaftspolitik anpassen, wenn auch eine unmittelbare, rege wirtschaftliche Verbindung zwischen Russland und Serbien nicht der Fall war.

[53] Kárbin Ákos: Wekerle Sándor [a. a. O.]. S. 295.

[54] Tefner Zoltán: Vergleich des finnischen und des ungarischen Modells der Sozialpolitik mit historischen Bezügen ab 1867. In: Kleine Völker im grossen Nest. Fallstudien über Finnland, Ungarn und die Europäische Union. Hrsg.: Nelu Bradean-Ebinger, Juhani Laurinkari. Hamburg: disserta Verlag, 2017. S. 84-85.

Eine neue Idee ist außerdem am Horizont erschienen, die Idee des Weltfriedens und der Einheit des Kontinents verkündete.[55] Das neue Konzept, obwohl es in den 1880er Jahren die Staats- und Regierungspolitik einzelner Länder noch nicht zu beeinflussen im Stande war, lenkte es aber das Denken der europäischen Bürger auf eine gewisse Art der Vereinheitlichung und des Weltfriedens.[56] Diese Idee war Paneuropa, die paneuropäische Bewegung.[57] Das XIX. Jahrhundert eröffnete eine Periode in der Geschichte des paneuropäischen Gedankens, in der die hauptsächlich geistige Strömung ihre Anziehungskraft noch nicht zur Geltung bringen konnte. Die verkündeten Ziele entbehrten nicht der Anziehungskraft, hauptsächlich der Weltfrieden, außerdem dass das Kontinent „[…] eine Einheit sei und einer einheitlichen Regierung bedürfe". [58], Die erhobenen philosophischen Thesen konnten aber nicht realisiert werden. Ein globales Zusammenwirken aller Nationen gleichzeitig und auf längere Frist war unerwünschter und unpopulärer als je zuvor. Der Nationalstaat, obwohl er ein Pfand für die Zukunft der Menschheit geworden war, erforderte von seinen Bürgern „die absolute Treue zur Nation" und verdrängte alle anderen Ideale. Unter diesen Bedingungen konnte der europäische Einigungsgedanke in den staatspolitischen Sphären nur spärlich gedeihen. Wekerle musste so, wie alle Kollegen auf dem Kontinent, mit einer Kontrareflexion anderer Nationalwirtschaften rechnen. Wenn aber der Goldstandard eingeführt werden wird, lässt die praktische, Wirtschaftlichkeit in ein und dasselbe Lager einzuströmen.

Die Europabewegung wurde mehr und mehr von der in den Auseinandersetzungen unter Beweis gestellten individuellen Tapferkeit hervorragender Persönlichkeiten getragen. Prominente Persönlichkeiten, nicht selten weltberühmte Menschen stellten sich mit ihrer Autorität auf die Seite der Bewegung und erhoben ihre Stimme für die Sache des Friedens.[59] Wekerle, wenn auch er für diese Bewegung nicht verpflichtet war, hat er für die Vereinheitlichung Europas sehr viel gemacht. Die Einheit des Währungssystems bedeutet normalerweise die Einheit für die politische Handlung. Polen, die Tschechen, Finnen usw. standen außerhalb dieser Bestrebungen, die Finnen umso mehr, weil das Russische Reich sie in einen Sarkophag des Despotismus einsperrte.[60] Sie genossen Begünstigungen, wenn man mit den anderen Völkerschaften vergleicht (Georgier, Armenier), aber unabhängig davon wurde ihnen nur das Elend und Armut zugelassen, sie konnten die Vorteile eines europäischen Währungssystems nicht zu Verbesserung ihres Wohlstandes verwenden.[61]

[55] Tefner Zoltán: Die Entwicklung des paneuropäischen Gedankens. Grundrisse einer Synthese. Grotius E-Könyvtár 52. Budapest, 2012. S. 51
[56] Ebenda.
[57] Ebenda.
[58] Schöndube, Claus - Ruppert, Christel: Eine Idee setzt sich durch. Der Weg zum vereinigten Europa. Verlag Heinrich Warnecke Hangelar bei Bonn, 1964. S. 52.
[59] Tefner Zoltán: Die Entwicklung des paneuropäischen Gedankens a. a. O. S. 56.
[60] Tefner Zoltán: Vergleich des finnischen und des ungarischen Modells a. a. O. S. 85.
[61] Ebenda.

Referenzliste

- Gross, Th. Nachum: Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft. In: Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Hrsg.: Wandruszka, Adam und Urbanitsch, Peter. Band I. Die wirtschaftliche Entwicklung. Hrsg.: Brusatti, Alois. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1973.
- Jobst, Clemens–Kernbauer, Hans: Die Bank. Das Geld. Der Staat. Nationalbank und Währungspolitik in Österreich 1816–2016. Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2016.
- Kárbin Ákos: Wekerle Sándor, a Monarchia aranyembere [Sándor Wekerle, der goldene Mann der Monarchie]. Gondolat Kiadó, Budapest, 2021.
- Schöndube, Claus - Ruppert, Christel: Eine Idee setzt sich durch. Der Weg zum vereinigten Europa. Verlag Heinrich Warnecke Hangelar bei Bonn, 1964.
- Tefner Zoltán: Das Zeitalter des Dualismus 1867–1914. In: Erika Cser – Juhani Laurnkari – Mária Sárosi – Zoltán Tefner: Grundlinien der ungarischen Sozialpolitikgeschichte. Ein internationaler Ausblick. Disserta verlag, Hamburg, 2013.
- Tefner Zoltán: Die Entwicklung des paneuropäischen Gedankens. Grundrisse einer Synthese. Grotius E-Könyvtár 52. Budapest, 2012.
- Tefner Zoltán: Német hegemónia egykor és most. A közép-európai uralom változó formái és módszerei. [Deutsche Hegemonie ehemals und jetzt. Die abänderlichen Formen und Methoden der europäischen Herrschaft]. In: Valóság, 2013. LVI. Évfolyam. 9.
- Tefner Zoltán: Realisation of justice in the European Union: Does EU promote justice? [An analysis on the basis of the Austro-Hungarian diplomatic history from 1867]. In: Justice and Solidarity: The European Utopia in a Globalising Era. European Academy of Sciences & Arts. Juhani Laurinkari & Felix Unger (eds.). Grano Oy, Kuopio, 2015.
- Tefner Zoltán: Vergleich des finnischen und des ungarischen Modells der Sozialpolitik mit historischen Bezügen ab 1867. In: Kleine Völker im grossen Nest. Fallstudien über Finnland, Ungarn und die Europäische Union. Hrsg.: Nelu Bradean-Ebinger, Juhani Laurinkari. Hamburg: disserta Verlag, 2017.
- Tefner, Zoltán: Reformsensibilität der Ungarischen Gesellschaft. Forschungsprojekt 1867–2010. In: Kleine Völker im großen Nest. Fallstudien für Finnland, Ungarn und die Europäische Union. Hrsg.: O. Prof. Dr. habil. Dr. Dr. (h. c.) Juhani Laurinkari, O. Prof. Dr. Dr. habil. Nelu Bradean-Ebinger Csc. Hamburg, disserta, 2017.
- Varian, Hal R.: Grundzüge der Mikroökonomik. 9. Auflage. De Gruyter Oldenbourg, Berlin, 2016.